

## A18 Hamburger Wissenschaftspolitik: zukunftsgerichtet, sozialgerecht und ökologisch

Antragsteller\*in: Lone Grotheer (KV Hamburg-Altona)  
Tagesordnungspunkt: 9 Anträge  
Status: Zurückgezogen

### Antragstext

1 Diese Zeit ist geprägt von multiple Krisen und die dafür erforderlichen  
2 Antworten sind komplex. Kurz: Es braucht eine sozial-ökologische Transformation.  
3 Wissenschaft schafft dafür die neuen Erkenntnisse sowie Erfindungen. Hochschulen  
4 selbst sind Ort der nachhaltigen Entwicklung für alle in der Gesellschaft und  
5 wichtige Arbeitgeberinnen in der Stadt. Im Bildungssystem sind Hochschulen ein  
6 wichtiger Ort, an dem sich Gestalter\*innen der Zukunft bilden können. Dafür  
7 braucht es Gestaltungskompetenz als Teil einer Bildung für nachhaltigen  
8 Entwicklung. Es ist wichtig, dass das Wissen vielfältig und im Sinne einer  
9 feministischen Wissenschaftspolitik erarbeitet wird. Das ist nicht nur relevant  
10 für alle Menschen, die in ihrem Bildungsweg direkt in Kontakt mit  
11 Hochschulbildung kommen, sondern es geht uns alle etwas an. Es macht einen  
12 Unterschied für Erfindungen und Erkenntnisse aus der Wissenschaft, wie gut die  
13 Rahmenbedingungen sind und wie orientiert an einer nachhaltigen Entwicklung  
14 Campusleben, Forschung, Lehre und Entscheidungsstrukturen ausgestaltet wird.

15 Ein kritischer und differenzierter Umgang mit Forschung erlaubt den  
16 gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger\*innen ausgewogene und  
17 informierte Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig ist die Forschung ein Garant  
18 für mulinationale Vernetzung, Verständigung und Konsens. Der internationale  
19 Fokus auf Wissenschaft ermöglicht eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage:  
20 wissenschaftsbasierte Politik. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung,  
21 Forschung in sich als meinungsgeprägten Raum zu verstehen, sodass die Erkundung  
22 jener Räume (kritische Wissenschaft) wichtig ist, um die Wechselseitigkeit aus  
23 Gesellschaft, Politik und Wissenschaft zu verstehen. Wissenschaft insich ist ein  
24 politischer Raum, in welchem Akteur\*innen sich zusammenfinden: Die Entscheidung,  
25 an welchen Themen geforscht wird, ist politisch. Die Entscheidung, welche  
26 Ergebnisse wie veröffentlicht werden, ist politisch. Die Entscheidung, welche  
27 Professuren eine staatliche Förderung erhalten, ist politisch.

28 Und weil Wissenschaft politisch ist, bedeutet dies für uns: zukunftsorientierte  
29 Wissenschafts- und Hochschulpolitik erkennt die unverzichtbare Verbindung von  
30 Nachhaltigkeitszielen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit dem  
31 Hochschulwesen an. Wir sind fest davon überzeugt, dass Universitäten und  
32 Hochschulen als Bildungs- und Forschungsinstitutionen eine Schlüsselrolle bei  
33 der Förderung von Nachhaltigkeit und der Vermittlung entsprechender Kompetenzen  
34 spielen. Daher muss ihre Ausgestaltung und Entwicklung im Zentrum jeder  
35 Hochschulpolitik stehen. BNE und damit auch Nachhaltigkeitsziele sollten  
36 integraler Bestandteil jedes Vorhabens und jeder Entscheidung im  
37 Hochschulbereich sein, um eine ganzheitliche und langfristige Perspektive auf  
38 Bildung und Forschung zu gewährleisten. Auch Wissenschaft muss nachhaltig sein -  
39 in sich, in ihrer Ausrichtung und ihren Zielen.

40 Voraussetzung: Wissenschaft ausfinanzieren!

41 Um dies zu gewährleisten, braucht Wissenschaft entsprechende Rahmenbedingungen:  
42 Ein wesentliches Element ist die gute finanzielle Grundlage der Infrastruktur  
43 für die Wissensmetropole Hamburg. Dazu gehört eine auskömmliche Finanzierung für  
44 die Hochschulen, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, das  
45 Studierendenwerk und die öffentlichen Bibliotheken (insbesondere die Staats- und  
46 Universitätsbibliothek). Wir GRÜNEN setzen uns seit vielen Jahren für eine  
47 bessere Hochschulfinanzierung ein und haben wesentliche Schritte einerseits mit  
48 den Hamburger Zukunftsverträgen für alle Hochschulen, dem UKE und der Staats-  
49 und Universitätsbibliothek in dieser Legislatur und andererseits mit der so  
50 genannten Dynamisierung (also jährlichen Steigerung) des Zukunftsvertrag für  
51 Studium und Lehre der Bundesregierung gemacht.

52 Spätestens seit der Inflation durch die Covid19-Pandemie und dem russischen  
53 Angriffskrieg auf die Ukraine ist klar, dass die Planung mit einer maximal  
54 2%igen Mittelsteigerung nicht sinnvoll ist. Wir setzen uns ein für eine  
55 mittelfristige Nachverhandlung der Hamburger Zukunftsverträge mit der  
56 Sicherheit, dass Inflations- und Tarifkostensteigerungen voll übernommen werden  
57 und eine jährliche Steigerung der Mittel für die wachsenden Aufgaben und  
58 Innovationen und die Verträge entfristet werden. Die Staats- und  
59 Universitätsbibliothek hat sehr innovative und gute Entwicklungspläne, die wir  
60 finanzieren wollen. Dabei ist nicht nur wichtig, dass das Wissen öffentlich,  
61 lang und leicht zugänglich ist, sondern auch studentische Lernräume letztlich in  
62 ganz Hamburg ausreichend vorhanden sein müssen.

63 Auch Hochschulen sind keine Orte die frei von Diskriminierung sind. Nicht ohne  
64 Grund machen Bündnisse wie #metooscience immer wieder auf die durch die  
65 Hochschulstrukturen bedingten starken Machthierarchien und das hohe Potenzial  
66 für Machtmissbrauch hin. Als Grüne Hamburg setzen wir uns daher dafür ein, dass  
67 die Stabstelle für Gleichstellung mit mehr Ressourcen ausgestattet wird, um ihre  
68 wichtige Aufgabe noch besser ausfüllen zu können und zum Abbau von  
69 Machtstrukturen beizutragen.

70 Etwas ein Drittel aller Studierenden sind laut einer Erhebung des Paritätischen  
71 Wohlfahrtsverbands armutsgefährdet. Die noch immer besonders hohe Inflation,  
72 sowie stark steigende Mietkosten sorgen auch bei Studierenden für steigende  
73 Lebenshaltungskosten. Diese Entwicklung lässt vermuten, dass inzwischen  
74 wahrscheinlich sogar mehr Studierende armutsgefährdet sind. Dennoch erhalten nur  
75 noch rund 11% aller Studierenden Unterstützung durch das BAföG und Prognosen  
76 gehen nicht davon aus, dass sich das unter den aktuellen Bedingungen ändern  
77 wird.

78 360€ sieht das BAföG aktuell monatlich zum Wohnen vor. Dabei liegt in Hamburg  
79 bereits der durchschnittliche Preis für ein WG-Zimmer laut Moses Mendelssohn  
80 Institut bei 610€. Nicht einmal die Zimmer in den Studierendenwohnheimen des  
81 Hamburger Studierendenwerks liegen noch alle innerhalb des im BAföG vorgesehenen  
82 Rahmens. Diese wollen wir dennoch ausbauen, da sie noch immer die günstigste  
83 Wohnform für Studierende darstellen und der Bedarf schon lange das Angebot  
84 überbietet. Hierbei ist insbesondere zu beachten, dass auch BAföG und andere  
85 Sozialleistungsempfänger\*innen sich das Wohnen in den Wohnheimen des Hamburger  
86 Studierendenwerks leisten können müssen.

87 Auch in den Mensen steigen die Preise und wer einen BAföG-Antrag stellt wartet  
88 zunächst Monate auf eine Bearbeitung dieser. Insbesondere um dieser Wartezeit zu

89 begegnen, halten wir Konzepte wie ein unkompliziert zu beantragendes  
90 Studienstartgeld als Zuschuss der nicht zurückgezahlt werden muss für ein  
91 geeignetes Konzept.

92 Deshalb ist es wichtig, die Finanzierung des Hamburger Studierendenwerks auf  
93 festen Boden zu stellen. Nachdem in den letzten Legislaturen die Trendwende  
94 eingeleitet wurde und statt Kürzungen schrittweise Mittelsteigerungen  
95 parlamentarisch und durch den Senat auf den Weg gebracht wurden, wollen wir  
96 jetzt den Hamburger Hochschulsozialpakt. Das bedeutet, dass das Studierendenwerk  
97 jährliche Zuweisungen bekommt, die die Verstetigung des Defizits 2023/2024  
98 umfassen plus die notwendigen Anforderungen für eine nachhaltige Ernährungswende  
99 bis 2030, Digitalisierung von Anträgen, Ausbau der Wohnheimplätze und  
100 Beratungsangebote.

101 Neben einer besseren Finanzierung des Studierendenwerks braucht es auch eine  
102 Reform der staatlichen Unterstützung zur Studierendenfinanzierung um die prekäre  
103 Situation der Studierenden zu verbessern. Denn wie bereits die Beschreibung der  
104 aktuellen Situation Studierender zeigt, ist auch das BAföG aktuell nicht an  
105 studentische Lebensrealitäten angepasst ist. Als Grüne Hamburg setzen wir uns  
106 deshalb weiter für eine weitreichende Reform des BAföG ein, die das BAföG wieder  
107 an tatsächliche studentische Realitäten anpasst und zukunftsfähig macht. Das  
108 bedeutet neben einer regelmäßigen und bedarfsgerechten Anpassung der Fördersätze  
109 und Freibeträge unter anderem auch, dass das BAföG elternunabhängig werden muss  
110 und der Rückzahlungsbetrag reduziert werden muss. Auch stellen wir uns ganz  
111 entschieden dagegen, die maximale Rückzahlungssumme weiter zu erhöhen.

112 Wir erkennen, dass Hamburg als Ballungsraum auch für Studierende bedeutet, dass  
113 sie besonders hohe Lebenshaltungskosten haben. Deshalb wollen wir sicherstellen,  
114 dass sich niemand aus finanziellen Gründen gegen ein Studium in Hamburg  
115 entscheiden muss und wollen uns deshalb dafür einsetzen, Studierende auch als  
116 Stadt finanziell bei ihrem Studium in Hamburg zu unterstützen. Etwa durch einen  
117 Sozialfond der eine finanzielle Unterstützung zur Zahlung der Miete und anderer  
118 Kosten ermöglicht. Denn Bildungsgerechtigkeit bedeutet eben auch, dass junge  
119 Menschen ungeachtet ihrer sozialen Herkunft die Möglichkeit haben sollten frei  
120 zu entscheiden wo sie studieren wollen ohne auf finanzielle Fragen achten zu  
121 müssen.

122 Arbeitsbedingungen

123 Als Hamburger Grüne haben wir in der Hamburger Bürgerschaft maßgeblich mit dafür  
124 gesorgt, Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte einzuführen.  
125 Leider werden diese noch nicht flächendeckend eingehalten. Sie können zudem nur  
126 ein Anfang sein auf dem Weg, hin zu einer längst überfälligen Tarifierung  
127 studentischer Beschäftigter. Denn kurze Vertragslaufzeiten, eine Bezahlung nur  
128 knapp über dem Mindestlohn und eine dadurch entsehende große Unsicherheit in  
129 diesen Anstellungsverhältnissen sorgen dafür, dass nicht alle Studierenden  
130 diese, oft Karrierefördernden, Jobs annehmen können. Als Hamburger Grüne wollen  
131 wir deshalb weiter an der Seite von TVStud bleiben und fordern weiter: Es  
132 braucht jetzt einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

133 Die Evaluierung der beschlossenen Mindestvertragslaufzeiten muss daher dringend  
134 angegangen werden und die Mindestlaufzeiten nach der Evaluation bestenfalls  
135 angepasst werden. Auch die Einführung eines studentischen Personalrates wollen  
136 wir weiter voranbringen. Dauerstellen für Daueraufgaben ist schon lange der

137 Slogan der Bewegung #ichbinhanna, die eine Reform des  
138 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) fordert. Dieser Forderung schließen  
139 wir uns auch als Grüne Hamburg an. Unter besonders großem Druck stehen  
140 Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, die nach der Promotion bis zu sechs Jahre  
141 befristet beschäftigt werden dürfen. Stellen abseits der Professur sind bisher  
142 rar, was eine große Konkurrenz erzeugt und für eine große psychische Belastung  
143 sorgt.

144 Insbesondere aus Gesichtspunkten feministischer Wissenschaftspolitik ist dies  
145 kritisch zu betrachten. Es ist wichtig, die Auswirkungen auf die Familien- und  
146 Lebensplanung der Mitarbeiter\*innen zu berücksichtigen und ihnen eine sichere  
147 Perspektive zu bieten. Langfristige Unsicherheit führt zu finanziellen und  
148 persönlichen Belastungen, die verhindern, dass Wissenschaftler\*innen ihr volles  
149 Potenzial entfalten können. Eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes  
150 sollte daher auch die Geschlechtergerechtigkeit und die Vereinbarkeit von  
151 Familie und Beruf in den Fokus nehmen.

152 Um dem entgegenzuwirken, soll der Anteil an Dauerstellen kontinuierlich erhöht  
153 werden und Stellenkategorien nach dem Vorbild der Lecturer und Researcher  
154 sollten nach dem Bremer Modell etabliert werden. Mehr Flexibilität in den Wegen  
155 ist spannend. Als typischer Berufsweg in der Wissenschaft ist das Akquirieren  
156 von Fördergeldern zur Finanzierung eines Forschungsprogramms und  
157 Mitarbeiter\*innen (wie bspw. ERC Starting & Consolidator Grants oder das DFG  
158 Emmy-Noether-Programm). Obwohl an dieser Stelle Wissenschaftler\*innen bereits  
159 selbstverantwortlich wissenschaftliche Projekte mit Personalführung in  
160 Millionenhöhe betreuen, bleiben die Forscher\*innen in der prekären Situation,  
161 dass mit dieser Förderung noch keine feste Anstellung einhergeht. Dies muss sich  
162 dringend ändern: wer an Hamburger Universitäten und Forschungseinrichtungen in  
163 jener Personalverantwortung steht und dabei Spitzenforschung betreibt, sollte  
164 eine feste Anstellung erhalten. Grundsätzlich geht diese Forderung mit der Idee  
165 einher, dass eine Entfristung bereits viel früher greifen muss, als regelhaft  
166 mit einer Professur: Wer selbständig dazu in der Lage ist, ein Forschungsprojekt  
167 zu leiten, sollte dies nicht aus einer prekären Lebenssituation und unsicherer  
168 Perspektive heraus leisten müssen.

169 Darüber hinaus setzen wir uns weiter dafür ein Drittmittel-Pooling voran zu  
170 treiben. Unsere Grüne Herangehensweise: im Dialog auf Augenhöhe aller  
171 Beteiligten z.B. über die AG Code of Conduct Konzepte entwickeln und Dissense  
172 herausarbeiten und wo möglich einen Konsens finden. Wir erkennen gleichzeitig  
173 die Interessensgegensätze und -Konflikte von Arbeitgeber\*innen und  
174 Arbeitnehmer\*innen an und entscheiden deshalb auch politisch auf Basis unserer  
175 Beschlusslage.

176 Lehre und Studienbedingungen

177 Unsere Welt entwickelt sich in einer rasenden Geschwindigkeit und Bildung ist  
178 der Schlüssel sie zu verstehen. Schon lange stehen wir als Grüne für das Konzept  
179 der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ein. Ein Ansatz der Bildung ganzheitlich  
180 denkt, lebenslanges Lernen als Mehrwert für den einzelnen Menschen in das  
181 Zentrum stellt, kooperatives sowie problembasiertes Lernen fördert und  
182 gesellschaftliche Schlüsselprobleme bearbeitet. Die Hochschullehre ist ein  
183 zentrales Element des Systems Hochschule. Wir wollen eine vielfältige und

184 plurale Lehre fördern, die auch die sogenannten kritischen Wissenschaften als  
185 wichtigen Bestandteil begreift.

186 Um das zu gewährleisten braucht es gute Betreuungsrelationen und gute Lehre muss  
187 genauso zu gutem wissenschaftlichen Standard gehören, wie exzellente Forschung.  
188 Das wollen wir unter anderem dadurch fördern, dass wir den Besuch von  
189 Weiterbildungen im Bereich der Didaktik zu einem notwendigen Kriterium bei der  
190 Besetzung neuer Professuren machen. Auch die Verteilung von Fördergeldern, soll  
191 künftig auch an gute Lehre geknüpft werden. Wir wollen zeitgleich die  
192 Möglichkeiten für solche Fortbildungen ausbauen.

193 Uns ist es daher ein auch zentrales Anliegen allen Menschen den Zugang auch zu  
194 Hochschulbildung zu ermöglichen. Leider ist aktuell kein gleichberechtigter  
195 Zugang zur Hochschule gegeben. Als Grüne wollen wir daher mehr Möglichkeiten  
196 schaffen, auch als Quereinsteiger\*in ohne das Abitur den Weg in ein Studium  
197 finden zu können. Wer aus dem klassischen Studierendenraster rausfällt und etwa  
198 Verpflichtungen wie der Pflege Angehöriger nachkommen muss, der schafft es zudem  
199 oftmals nicht in Vollzeit zu studieren. Wir wollen deshalb die Möglichkeit eines  
200 Studiums in Teilzeit weiter ausbauen und in mehr Studiengängen grundsätzlich und  
201 ohne weitere Begründung ermöglichen.

202 Nicht erst mit dem Studienstart haben Studierende unterschiedliche Bedingungen.  
203 Wer als Arbeiter\*innenkind den Weg an die Hochschule sucht, hat es oft schwerer,  
204 da keine familiären Vorbilder da sind, an denen sich die Interessent\*innen  
205 orientieren können. Um diese Lücke zu verringern wollen wir Kooperationen  
206 zwischen Hochschulen und Schulen fördern um den Weg in ein Studium zu  
207 erleichtern. Auch Beratungsangebote sollen ausgebaut werden und Tutorien  
208 insbesondere in den ersten Fachsemestern stärker gefördert werden. Beides soll  
209 ebenfalls dafür sorgen, dass Studierende gleiche Chancen erhalten.

210 Die Krisen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass unsere aktuellen  
211 Zugangsregelungen für Studiengänge keinen gleichberechtigten Zugang für  
212 Studierende, die vor Krieg und Krisen fliehen ermöglichen. Betroffen waren  
213 insbesondere Studierende aus Drittstaaten, die von Sonderregelungen nicht  
214 erfasst wurden und keinen Zugang zum Studium erhielten, was in der Realität dazu  
215 führte, dass sie kein Bleiberecht erhielten. In Hamburg haben wir deshalb  
216 weitere Regelungen und Projekte geschaffen. Diese sollen bestehen bleiben,  
217 ausgebaut und verstetigt werden. Wir setzen uns weiterhin ein für eine  
218 Verbesserung des Zugangs und ihr Bleiberecht in Hamburg.

219 Nicht alle Studierenden finden auf Anhieb den für sie richtigen Studiengang.  
220 Doch nicht nur die Förderregeln für das BAföG machen Studiengangswechsel  
221 schwierig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Wechsel einfacher  
222 ermöglicht werden und sie sich nicht mehr auf die BAföG-Förderung auswirken.  
223 Bisher haben nur ausgewählte Studierende die Möglichkeit einen Masterstudiengang  
224 zu studieren. Das liegt auch daran, dass Masterplätze bewusst verknüpft werden.  
225 Diese Verknappung wollen wir aufheben und für jeden Bachelorstudienplatz auch  
226 einen entsprechenden Masterstudienplatz ermöglichen.

227 Im Sinne eines lebenslangen Lernens nach dem Konzept der BNE wollen wir auch  
228 Open Educational Resources, auch in Form der Hamburger Open Online University  
229 weiter unterstützen und wo möglich fördern.

230 Forschung

231 Forschung ermöglicht neue Erkenntnisse und Entwicklungen, kritische  
232 Selbstreflektion als Gesellschaft und fördert international Diplomatie sowie  
233 Verständigung.

234 Wissenschaft ist auch mit privaten Strukturen vernetzt, hierbei entsteht  
235 teilweise eine Vermischung von gesellschaftlichen und privaten Interessen. Uns  
236 ist deshalb von Bedeutung, dass Unternehmen, die wissenschaftliche  
237 Einrichtungen, Produkte oder Ergebnisse kommerzialisieren, ihren Anteil zahlen  
238 und entsprechend ihres Gewinns besteuert werden.

239 Das DESY macht genau das und ist eine wichtige Säule internationaler Forschung  
240 und Vernetzung. Wir setzen uns dafür ein, dass das DESY zur Realisierung des  
241 neuen Röntgenmikroskops Petra 4 eine Finanzierung durch den Bundeshaushalt  
242 erhält. Deshalb haben wir landesseitig eine Anschubsfinanzierung beschlossen und  
243 führen viele Gespräche auf Bundesebene. Dabei ist wichtig, dass  
244 Wissenschaftskommunikation und Zugänglichkeit für die Gesellschaft im  
245 Vordergrund stehen: Die Wissenschaft in Hamburg betrifft uns alle, und daher ist  
246 es wichtig, dass sie der Gesellschaft zugänglich ist. Das schafft Diskurs und  
247 ein allgemeines differenziertes Verständnis wissenschaftlicher Prozesse. Citizen  
248 Science, also Forschung mit Bürger\*innen, findet unter anderem am neuen Leibniz-  
249 Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels statt, dessen rechtliche  
250 Grundlage und Teilfinanzierung wir GRÜNE diese Legislatur auf den Weg gebracht  
251 haben.

252 In diesem Bereich wollen wir außerdem eine Reallabor-Förderlinie nach dem  
253 Beispiel aus Baden-Württemberg in die Landesforschungsförderung integrieren.  
254 Außerdem ist Forschung an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit  
255 zentral. Wir haben deshalb unter anderem diese Legislatur den neuen Klimarechner  
256 'Levante' für das Deutsche Klimarechenzentrum gefördert. Ein weiterer wichtiger  
257 Bereich ist die interdisziplinäre außeruniversitäre Forschung. Gerade in der  
258 heutigen Zeit ist es von großer Bedeutung, das Vorhaben umzusetzen das Institut  
259 für Friedens- und Sicherheitsforschung in ein Leibniz-Institut auszubauen.

260 Staatliche Universitäten bestehen zum zivilen Zweck (zum Selbstzweck abseits  
261 wirtschaftlicher oder privater Interessen) - hier ist notwendig, bisherige  
262 Strukturen zu prüfen und dies in den allgemeingültigen Fokus universitärer  
263 Forschung zu stellen. Dazu gehört auch Zivilklauseln zu unterstützen und auch in  
264 Regularien zu verankern.

265 Auch ist die öffentliche Wissenschaftskommunikation ein wichtiger Bereich und  
266 wir müssen Räume schaffen, in welchen Forscher\*innen ihre Ergebnisse  
267 allgemeinverständlich präsentieren, erklären und diskutieren können. Deshalb ist  
268 es gut, dass es Formate wie Science Slams, Wissen vom Fass, KinderUni, die Woche  
269 der Wissenschaftskommunikation gibt. Über diese Berichte hinaus sollte  
270 eingeführt werden dass Forschungsergebnisse und Forschungstätigkeiten von  
271 Hochschulen in der öffentlichen Kommunikation an die Bevölkerung deutlich besser  
272 zugänglich sein müssen.

273 Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse betreffen die  
274 Finanzierung eines speziellen Forschungsthemas. In der Regel erfolgt die  
275 Finanzierung über Drittmittel, die vergeben werden für einzelne  
276 Forschungsprojekte oder einem Forschungsverband (Exzellenzcluster,  
277 Sonderforschungsbereiche). Jene Prozesse müssen im Sinne der Demokratisierung  
278 und gesellschaftlicher Beteiligung demokratisch und transparent ausgestaltet

279 werden. Wir möchten untersuchen, ob gesellschaftliche Akteur\*innen in der  
280 Entscheidungsfindung und Gremien beteiligt sein sollten, um eine demokratische  
281 Verteilung von Geldern zu ermöglichen. Auch möchten wir bei der Nutzung  
282 öffentlicher Gelder Verzerrungen in inhaltlichen sowie Personalführungs-Fragen  
283 reduzieren, beispielsweise wäre ein Weg eine Förderung an der Teilnahme an  
284 Kursen, etwa mit pädagogischen Inhalten zur Sensibilisierung im  
285 gesellschaftlichen Diskurs z.B. zu Klassismus, Rassismus oder genderbezogenerer  
286 Diskriminierung zu knüpfen.

287 Für die Gesellschaft ist von größter Bedeutung, dass wissenschaftliche  
288 Ergebnisse allgemein zugänglich sind. Daher sollten Forschungsergebnisse  
289 grundsätzlich als Open Access freizugänglich sein (ohne dafür zahlen zu müssen.  
290 In den letzten Jahren ist der öffentliche Zugang an wissenschaftliche Ergebnisse  
291 (Bücher, Journal Artikel) gestiegen, gleichzeitig bedeutet dies eine finanzielle  
292 Belastung für die Gesellschaft, da Verlagshäuser hohe Kosten für Open Access  
293 Veröffentlichungen verlangen. Hier braucht es zusätzliche politische Steuerung:  
294 Wir finanzieren keine Forschung, um den Verlagshäusern einen Geldsegen zu  
295 bringen. Stattdessen braucht es alternative Publikationswege und wir möchten  
296 einen Impuls für internationale Initiativen für systemändernde Alternativen  
297 geben. Eine Ausschreibung für gemeinwohlorientierte Veröffentlichungsprozesse  
298 könnte beispielsweise in Hamburg erfolgen und an die Staats- und  
299 Universitätsbibliothek geknüpft sein. Wir tragen zu einer höheren Transparenz  
300 hinsichtlich der Förderung durch Drittmittel bei. Bestenfalls soll eine  
301 vollständige öffentliche leicht zugängliche Auflistung sämtlicher Drittmittel  
302 erfolgen.

303 Bisher findet Forschung sowie Sicherheits- und Prüfungsverfahren in Hamburg auch  
304 mit Tierversuchen statt. Wir wollen deshalb einen wirkungsvollen und umfassenden  
305 Plan zum Einstieg in den Ausstieg aus Tierversuchen erarbeiten und neben der  
306 bereits geschaffenen Professur zur Erforschung von unter anderem Ersatzmethoden  
307 in einer Ausschreibungsrunde der Landesforschungsförderung weitere Mittel zur  
308 Verfügung stellen.

309 Wissenschaft ist ein Raum, in dem (wie in allen gesellschaftlichen Räumen),  
310 Menschen diskriminiert werden. Der Blick in der Wissenschaft selbst ist von  
311 einer Mehrheitsgesellschaft geprägt - diese führen zu diskriminierenden  
312 Entscheidungen zu Fragen, was beforscht wird, wer gefördert wird und welche  
313 Themen behandelt werden.

314 Ein wichtiger Bereich der nicht genügend Aufmerksamkeit erhält ist  
315 beispielsweise die Gehörlosen Kultur. Es ist sehr gut und wichtig, dass es in  
316 Hamburg das Zentrum für Disability Studies gibt und wir GRÜNE haben uns  
317 erfolgreich für den Erhalt eingesetzt und unterstützen den Ausbau. Außerdem  
318 wollen wir einen Forschungsbereich für Deaf Culture Studies in Hamburg  
319 verankern. Zu unserem Ansatz der feministischen Wissenschaftspolitik gehört auch  
320 die Förderung von Gender Studies. Wir begrüßen es sehr, dass das Zentrums für  
321 Gender & Diversity von allen staatlichen Hamburger Hochschulen getragen wird und  
322 streben die Finanzierung weiterer Projekte in diesem Bereich an.

323 Für die Förderung kritischer Wissenschaften setzen wir uns in den Ziel- und  
324 Leistungsvereinbarungen mit den Hamburger Hochschulen ein und werden den Anschlag  
325 durch eine Runde der Landesforschungsförderung unterstützen. Dazu gehört auch,

326 dass wir eine feste Linie einrichten wollen, mit der wir Raum für  
327 Unvorhergesehenes und Fehlerkultur schaffen.

328 Entscheidungsstrukturen

329 Moderne Hochschulen in einer Demokratischen Gesellschaft benötigen Demokratische  
330 Strukturen. Um unsere Hochschuldemokratie und die akademische Selbstverwaltung  
331 zu stärken, wollen wir die Zusammensetzungen der Hochschulgremien reformieren.

332 Die Wahl des Präsidialamtes an Hochschulen ist eine zentrale Position innerhalb  
333 der Hochschulen, welche zurecht in einer Wahl im Akademischen Senat geschieht.  
334 Allerdings, wird diese Wahl zur Zeit auf der Basis eines Vorschlags aus einer  
335 Findungskommission getroffen. Zwar hat der akademische Senat die Möglichkeit  
336 diesen abzulehnen, eine tatsächliche Personenwahl besteht kaum. Wir wollen die  
337 Findungskommission abschaffen und in Anlehnung an die Länder Berlin und Hessen  
338 eine ausschließliche Auswahl und Wahl durch den akademischen Senat einführen.

339 Wir wollen die Voraussetzungen zur Berufung als Vizepräsident\*in senken. Der  
340 aktuelle Anspruch zur Voraussetzung eines abgeschlossenen Hochschulstudiums und  
341 einer dreijährigen Berufstätigkeit in verantwortungsvoller Stellung wollen wir  
342 streichen. Hierdurch schaffen wir die theoretische Möglichkeit der Einführung  
343 von studentischen Vizepräsident\*innenschaften.

344 Die Funktion des\*der Kanzler\*in ist von zentraler Bedeutung für die alltägliche  
345 Steuerung der Hochschulen. Gerade durch die starke administrative Tätigkeit der  
346 Kanzler\*innen ist ihrer Rolle von starkem Belang für die tatsächlichen  
347 Mitglieder der Hochschule. Daher wollen wir die Wahl der Kanzler\*innen vom  
348 Hochschulrat in den akademischen Senat verlagern.

349 Der Hochschulrat hat eine wichtige repräsentative und kuratierende Funktion und  
350 ist ein Beratungsgremium. Er sollte allerdings keine konkreten Befähigungen zur  
351 alltäglichen Steuerung der Hochschule besitzen, diese wollen wir zurück in den  
352 akademischen Senat führen. So halten wir den akademischen Senat für das richtige  
353 Gremium zum Beschluss der Wirtschaftspläne der Hochschule und möchten diese  
354 Kompetenz hierhin führen.

355 Der Hochschulrat gestaltet die Zukunft und kuratiert die Leitlinien der  
356 Hochschulen, die sollte aber nicht alleine aus der externen Perspektive  
357 geschehen. In Anlehnung an die bayrischen Hochschulräte, möchten wir die  
358 Mitglieder des akademischen Senates auch qua Amt zu stimmberechtigten  
359 Mitgliedern im Hochschulrat machen.

360 Den Hochschulsenat möchten wir noch demokratischer gestalten und eine  
361 Möglichkeit schaffen die Diversität der Mitglieder der Hochschulen hier auch  
362 tatsächlich abzubilden. Hierfür wollen wir eine Besetzung nach Viertelparität  
363 einführen. Die Statusgruppe der Hochschullehrer\*innen, des Mittelbaus, des  
364 technischen und Verwaltungspersonal und der Studierenden sollen in gleichen und  
365 gleichberechtigten Teilen vertreten sein soweit verfassungsgemäß möglich. So  
366 stärken wir die Hochschuldemokratie.

367 Analog zur Regelung in Bayern, wollen wir die universitäre  
368 Gleichstellungsbeauftragte mit einem wirkungsvollen Vetorecht, das tatsächlich  
369 verhindern kann und nicht nur aufschieben, ausstatten und gemeinsam mit den  
370 Akademischen Senaten Hamburgs sowie der  
371 Landesgleichstellungsbeauftragtenkonferenz beraten, ob sie zum stimmberechtigten

372 Mitglied im Akademischen Senat wird. So stärken wir die Position von  
373 Gleichstellungsarbeit und die Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen.

374 Ebenfalls wollen wir die Findungskommissionen der Dekanate abschaffen. Die Wahl  
375 der Dekan\*innen soll hier ausschließlich durch die Fakultätsräte geschehen.

376 Campusleben und Betrieb

377 Dort wo Forschung, Hochschulstudium und -verwaltung stattfindet, findet auch  
378 Campusleben statt - nicht nur von den Menschen, die in Hochschulen leben und  
379 arbeiten sondern auch Anwohner\*innen aus dem Viertel. Zur Verzahnung von  
380 Wissenschaft und Gesellschaft begrüßen wir stadträumliche verbindene  
381 Entwicklungen, wie beispielsweise das Urban Gardening Projekt WurzelWerk auf dem  
382 Uni Hamburg Hauptcampus, das mit dem BNE-Preis ausgezeichnete Projekt  
383 Wattwanderung oder die Überlegung Wochen- oder Flomärkte auch mal auf einem der  
384 Campuus zu veranstalten. Es braucht eine gute Infrastruktur an jedem Campus mit  
385 Zugang zu einer Mensa, Lern- und Freiräumen und bezahlbaren Wohnraum in der  
386 Nähe. Die Mensen müssen an allen Standorten eine gesunde, preiswerte und vegane  
387 sowie vegetarische Ernährung ermöglichen, auch über Hauptgerichte.

388 Insbesondere an der TU Hamburg braucht es mehr Lern- und Freiräume.  
389 Grundsätzlich ist dies bei allen Hochschulbauten wichtig zu beachtet, genauso  
390 wie Begegnungsflächen für Mitarbeitende und alle Gebäudenutzer\*innen, die je  
391 nach Gebäudebedarf auch interdisziplinären Austausch fördern. Wo möglich wollen  
392 wir Begrünung ausbauen, Obstbäume sowie biodiversitätfördernde Vegetation  
393 anpflanzen und damit auch Besprechungsräume im Grünen schaffen. Wir setzen uns  
394 weiterhin dafür ein, dass Barrierefreiheit und die nachhaltigsten  
395 Energieeffizienzstandards auf allen Ebenen umgesetzt wird und die nötigen  
396 finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Wir haben uns  
397 erfolgreich dafür eingesetzt, dass Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden,  
398 also auch Hochschulbauten, installiert werden.

399 Zur Infrastruktur gehört auch IT-Sicherheit und Datenschutz, die von enormer  
400 Bedeutung sind wie auch die aktuellen Hacking Angriffe auf Universitäten u.a. in  
401 Hamburg zeigen. Wir stärken Digitalangebote und wollen zusammen mit den  
402 Studierendenschaften und in enger Abstimmung mit dem Hamburger  
403 Datenschutzbeauftragten nicht nur die bestehenden Lernplattformen  
404 weiterentwickeln, sondern auch Tools für den studentischen Austausch jenseits  
405 des Studiums OpenSource ausbauen.

406 Wir richten eine hamburgweite Förderung von studentischen Initiativen ein.  
407 Wichtig dafür ist, dass sie die Mittel selbst verwalten können, tatsächlich  
408 Verantwortung für ihr Projekt bekommen und Ansprechpersonen. Die sogenannten  
409 Green Offices, die sich für nachhaltige Arbeit an Hochschulen engagieren stützen  
410 dieses Engagement ebenfalls. Weshalb wir ein solches Green Office an allen  
411 Hamburger Hochschulen etablieren wollen.

412 In den letzten Jahren hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen: Künstliche  
413 Intelligenz generiert nun Videos, Bilder, Texte und sogar Stimmen. In der  
414 Gesellschaft herrscht noch kein Konsens darüber, wie wir damit umgehen sollen.  
415 Die Entwicklung verläuft derart rasant, dass es oft schwerfallen kann, die  
416 tatsächlichen Auswirkungen umfassend zu erfassen. Es ist daher dringend  
417 erforderlich, diese Entwicklungen im Kontext von Wissenschaft und Hochschule zu  
418 verstehen. Dazu bedarf es einer Überarbeitung der bestehenden Regulierungen für

- 419 verantwortungsvolle Wissenschaft. Wir wollen Gremien einrichten, die ethische  
420 Implikationen diskutieren, um darauf aufbauend Richtlinien zu entwickeln, wie  
421 wir mit diesem Thema in Wissenschaft, Lehre und Forschung umgehen wollen.

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Christina Markfort (KV Hamburg-Mitte); Artur Shakhnazarov (KV Hamburg-Wandsbek); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Andreas Strube (KV Hamburg-Harburg); Leon Meyer (KV Hamburg-Bergedorf); Jette Chiara Ihl (KV Hamburg-Altona); Mathis Lorenzen (KV Hamburg-Nord); David Herder (KV Hamburg-Mitte); Fabian Tiedemann (KV Hamburg-Harburg); Jakob Mellem (KV Hamburg-Harburg); Enja Knipper (KV Hamburg-Harburg); Paul Brock (KV Hamburg-Harburg); Kai Ringlau (KV Hamburg-Harburg); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Thomas Maack (KV Hamburg-Harburg); Monika Linek (KV Hamburg-Nord); Oliver Camp (KV Hamburg-Nord); Malte Deutschmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Pia Scherhauser (KV Hamburg-Bergedorf)